



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/229 - 9.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039090

Zwischenbilanz der Steuerreform	S. 1
Die London-Akte und die nordischen Länder	S. 3
Gewerkschaften und Wehrbeitrag	S. 4
Zur Regierungsneubildung in Schleswig-Holstein	S. 6

Steuerreform in der Sackgasse

F.B. Den Koalitionsparteien mag am Wochenende ein Stein vom Herzen gefallen sein, als sie mit Hinweis auf den CSU-Parteitag in Nürnberg einen vorzeitigen Abbruch der Beratungen im Finanz- und Steuer-ausschuss des Bundestages erzwingen konnten. Wäre die Sitzung nämlich weitergegangen, dann wäre es offenkundig geworden, dass es trotz der Einschaltung des Bundeskanzlers in der Frage der Steuerreform keine Koalition mehr gibt. Ob es sie am Dienstag, wenn der Ausschuss die Be-ratungen fortsetzt, wieder geben wird, ist mehr als zweifelhaft, denn beim Portemonnaie scheint auch in diesen Kreisen die Gefolgschafts-treue ihr Ende zu haben.

Eine Übereinstimmung allerdings gibt es, und die kann als Erfolg der schon immer eingenommenen sozialdemokratischen Standpunktes be-zeichnet werden. Die Vertreter der Koalitionsparteien scheinen sich nämlich zu der Auffassung der Sozialdemokratie bekehrt zu haben, dass für die Tarifreform einige hundert Millionen DM mehr ausgegeben werden können, als es der fiskalische Bundesfinanzminister für möglich hält.

Damit ist über den Wert oder Unwert einer so dotierten Steuer-reform noch gar nichts ausgesagt, denn es kommt entscheidend darauf an, welche Steuerzahlergruppen mit diesen zusätzlichen Mitteln entlastet und begünstigt werden sollen.

Nach den ersten Ankündigungen sieht es allerdings so aus, als wenn die Vertreter der Koalitionsparteien, die wider den Stachel des Bundesfinanzministers löken, vor allem im Auge haben, die großen

Einkommen und die großen Kapitalgesellschaften noch stärker zu begünstigen. Wenn der CSU-Abgeordnete Neuburger eine weitere Steuersenkung von 12 - 15 % für die Einkommen bis zu 40.000 DM beabsichtigt, so wird es aber entscheidend darauf ankommen, an welchem Punkte seines Vorschlages die scharfe Progression einsetzt. Das gleiche gilt für angekündigte FDP-Vorschläge, von denen schon jetzt bedenklich ist, dass sie den Höchststeuersatz auch noch weiterhin bis auf 52,5 % senken wollen.

Wohin die Reise geht, das hat in aller Deutlichkeit eine Entscheidung gezeigt, nach der zusätzlich zu der allgemeinen Senkung des Körperschaftssteuersatzes von bisher 60 auf 45 % auch noch ein besonders erniedrigter Steuersatz von 30 % eintreten soll, wenn Dividenden ausgeschüttet werden. Von den Koalitionsparteien wird diese weitere steuerliche Begünstigung mit der angeblichen Notwendigkeit begründet, bessere Möglichkeiten für Aktien-Neuemissionen zu schaffen. Wäre dem tatsächlich so, dann hätte ein Kompromissvorschlag des SPD-Abgeordneten Kurlbaum angenommen werden müssen, der den besonders ermäßigten Steuersatz nur für neusausgegebene Aktien vorsah oder man hätte den Vorschlägen des Abg. Königswarter (SPD) entsprechen müssen, der nur die Ausschüttungen an Kleinaktionäre besonders steuerlich begünstigen wollte.

Aber nein, hier hat man ohne Bedenken den großen Kapitalgesellschaften 120 Mill. DM im Jahr als "Dank vom Hause Adenauer" für geleistete Wahlspenden geschenkt, während man etwa die von SPD geforderten steuerlichen Freibeträge für die Kleinkommen kalt ablehnt.

Aber noch ist das Rennen nicht gelaufen. Die SPD-Fraktion wird ihre Anträge auf besondere Freibeträge für das Arbeitseinkommen und zur Haushaltsbesteuerung zur Debatte stellen und sie wird vor allem auf eine Entscheidung über ihre wirklich soziale Tarifgestaltung, wie sie der Abgeordnete Seuffert ausgearbeitet hat, drängen. Eines aber scheint schon heute festzustehen: Die Uneinigkeit der Koalitionsparteien und die ständigen Verzögerungen im Ausschuss werden dazu führen, dass der Steuerzahler erst weit später als vorgesehen in den Genuss von Steuersenkung kommen wird.

Brüsselpakt und Norden

KHK, Kopenhagen

Der - vorläufig - positive Ausgang der Londonkonferenz wirft die Frage nach der Stellungnahme der nordischen Länder zum erweiterten Brüsselpakt und zur Aufrüstung der Bundesrepublik auf. Tatsächlich machten schon während der Londoner Konferenz verschiedene Gerüchte die Runde, die sich auf die mutmasslichen Reaktionen Norwegens und Dänemarks bezogen. Insbesondere die Haltung Dänemarks war Gegenstand eifriger journalistischer Spekulationen.

Norwegen und Dänemark sind Mitglieder der Atlantikpaktorganisation, die nach den vorliegenden Plänen die Beschlüsse der Londoner Konferenz bestätigen soll. Eine offizielle Stellungnahme der Regierungen beider Länder ist deshalb nicht schon jetzt zu erwarten. Immerhin liessen gewisse Äußerungen des norwegischen Außenministers Lange den Schluß zu, dass sein Land der Erweiterung des Brüssel-Paktes wohlwollend gegenübersteht. Umso bemerkenswerter ist ein scharfes Dementi Langes gegenüber der Behauptung von "Dagens Nyheter" - dies ist Schwedens größte Zeitung - New York-Korrespondent, er, Lange, habe diesem Korrespondenten erklärt, er hoffe bald mit seiner Regierung die Lage diskutieren zu können, die nach der London-Konferenz für Norwegen entstanden ist. Die Stimmung in Norwegen ist im allgemeinen nicht ablehnend gegenüber der Möglichkeit, dass das Land sich an dem erweiterten Brüssel-Pakt beteiligt.

Massgebende dänische Politiker haben sich zu dem Ergebnis der London-Konferenz noch nicht geäußert, und die Kommentare der Zeitungen sind sehr zurückhaltend, soweit die Konsequenzen der London-Konferenz für Dänemark in Betracht kommen. Dänemarks Haltung gegenüber militärischen Verpflichtungen auf dem Kontinent entsprach bisher im allgemeinen der Haltung Englands. Da sich Englands Politik in diesem Punkte nun völlig geändert hat, ist auch für Dänemark eine neue Lage gegeben, die zu erörtern sich die dänische Regierung jedoch Zeit lassen muss. Die Londoner Beschlüsse müssen schließlich ja noch von den einzelnen Parlamenten ratifiziert werden, und augenblicklich ist die dänische Politik von Wirtschaftsaufgaben in entscheidender Weise in Anspruch genommen. Die Einsparungen beim dänischen Militärbudget,

die Abneigung gegen die Errichtung amerikanischer Flugstützpunkte und die Verkürzung der Dienstzeit sollten jedoch im Ausland nicht schon als Verneinung der Verpflichtungen aus dem Atlantikpakt gedeutet werden. Alle dänischen Parteien außer den Radikalen - von deren Unterstützung das Schicksal des Kabinetts Hedtoft allerdings aus innerpolitischen Gründen abhängt - sind eindeutig für die Mitgliedschaft des Landes im Atlantikpakt.

Mutmaßungen darüber, dass Dänemark sich gegenüber den Ergebnissen der London-Konferenz anders verhalten wird als Norwegen, ja, dass es sich etwa der schwedischen Neutralitätspolitik anschließen wird, sind vorläufig eben nicht mehr als Mutmaßungen, wiedergegeben von Journalisten, die das Gras wachsen hören.

+ + +

Der DGB-Kongress zur Wiederaufrüstung

R.D. Fünf Tage lang hat der DGB-Kongress um den Standpunkt der Gewerkschaften zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik gerungen und am 6. Tage eine weittragende Entscheidung gefällt. Es war ein zähes Ringen jedes Delegierten mit sich selbst, der Delegierten mit der Kongressleitung, der Kongressleitung mit der parlamentarischen Taktik. Denn in alle behandelten Fragen ragte das Problem der Wehrbereitschaft hinein: In die Frage der gesellschaftlichen Neuordnung, der wirtschaftlichen Mitbestimmung - deren Notwendigkeit einmal auch mit der Verhinderung jeglicher Wiederaufrüstung begründet wurde - ragte hinein in die Sozialpolitik und die Verwendung der Mittel des Staatshaushaltes, in die Lohn- und Preispolitik, in die Verteilung des Sozialproduktes, in die Neuordnung bei Kohle und Stahl und die weitere Forderung nach Sozialisierung der Grundstoffindustrien und der Kreditwirtschaft. So gab es kaum einen Diskussionsbeitrag, der nicht die Aufrüstungsfrage berührte.

Hinter dieser Debatte stand aber ausserdem die eindeutige Entscheidung des Bundesjugendkongresses des DGB gegen jede Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Sie lag zwar dem Kongress selbst nicht vor, drängte aber die Delegierten in die spätere persönliche Verantwortung für die Wehrfrage vor ihrer jungen Mitgliedschaft.

Wiederholt hat sich der Bundesvorstand und haben sich Vorsitzende der angeschlossenen Industriegewerkschaften auf die noch unter Hans Böckler formulierte Erklärung des DGB zur Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik bezogen. Aber die Bedenken der Delegierten waren stärker, sie hielten die in dieser ersten Erklärung verlangten Voraussetzungen noch nicht für erfüllt. Fast am Ende der Beratungen trachten sie einen, im Prinzip ebenso ablehnenden Entschließungsantrag ein wie der Bundesjugendkongress, der allerdings noch einer Änderung in der Antragskommission unterlag. Mit 185 Unterschriften zu diesem Antrag von 391 stimmberechtigten Delegierten war er damit bereits fast angenommen.

Die Bedenken der Delegierten sind, "dass durch die Beschlüsse der Londoner Konferenz die Eingliederung der Bundesrepublik in ein machtpolitisches Bündnissystem vorbereitet wurde.....", welches "eine internationale Entspannung der machtpolitischen Gegensätze, wie auch die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands, ernsthaft gefährdet!" Außerdem berge die "Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee die Gefahr der Schaffung eines Obrigkeits-Staates in sich, der das Ende der Anstrengungen der deutschen Arbeiterbewegung für die Schaffung einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie bedeuten kann." Sie verlangten, dass alle Möglichkeiten friedlicher Verhandlung zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgeschöpft werden, bevor die Wehrfrage zur Diskussion gestellt wird.

Dies ist ein eindeutiges Votum gegen die Londoner Beschlüsse - von Kongress mit nur 4 Gegenstimmen einstimmig beschlossen - und damit die eindeutige Willensäußerung der organisierten Arbeitnehmer-schaft, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die letztlich die Kontingente der geplanten deutschen Truppenverbände zu stellen haben.

Dieser Beschluß des DGB-Kongresses kann nicht als kommunistisches Störmanöver der internationalen Politik abgetan werden. Er ist auch nicht als Stellungnahme einer politischen Richtung einzuordnen. Es ist das Fecht der Regierung und gewisser Parteien, in ihrem politischen Bestreben völlig neben der hier manifestierten Volksmeinung zu liegen, denn auch die CDU-Gewerkschafter stimmten fast geschlossen für diese Entschließung. Diese Entschließung suspendiert

die früher erklärte Bereitschaft des DGB zur Verteidigung der Bundesrepublik, da die gewünschten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Aus der Diskussion des Kongresses wurde klar: die wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik lässt diese den Delegierten nicht besonders verteidigungswert erscheinen; die politische Machtverteilung in der Bundesrepublik würde mit der Unterstützung der nunmehr gewählten Form der Verteidigungskontingente zu einer eklatanten Gefahr für die deutsche Demokratie sowohl das wirtschaftliche wie das soziale Klima würden sich unter der Aufrüstung weiter verschlechtern; die Arbeitnehmerschaft in ihrer Gesamtheit würde aus ihrer Lebenshaltung die Kosten dieser Verteidigung zu tragen haben. Man wird auf das Echo dieser EntschlieÙung im Kreise der Unterzeichner der Londoner Schlußakte gespannt sein dürfen.

+ + +

Schleswig-Holsteins neue Regierung

ri- Nach der Wahlniederlage der CDU am 12. September in Schleswig-Holstein - die CDU verlor gegenüber der Bundestagswahl 1953 rund eine viertel Million Stimmen - war das ganze Land im höchsten Maße interessiert an der Frage der Neubildung der Landesregierung. Nach dem klaren Mißtrauensvotum gegen die Regierung F.W.Lübke, das der Wähler ausgesprochen hatte, mußte es als vollkommen klar erscheinen, dass eine Regierung auf völlig neuer Grundlage zu bilden war. Die Sozialdemokratie war aus der Wahl als stärkste Partei hervorgegangen, und sie sah hierin mit Recht einen Auftrag der Wähler, den Versuch der Regierungsbildung zu unternehmen. Die SPD ließ hierbei die Möglichkeit der Gespräche über eine neue Regierung nach allen Seiten hin offen, auch in Richtung auf die CDU, die bei ihrer politischen Vielschichtigkeit gerade in Schleswig-Holstein unter Umständen eine Chance der politischen Umorientierung und der Abkehr vom Kurs Lübkes haben konnte. In erster Linie verhandelte die SPD jedoch mit BHE und FDP, denn die CDU gab gleich nach der Wahl bekannt, dass sie dem Gedanken einer etwaigen großen Koalition schroff ablehnend gegenüber steht.

Die Verhandlungen, insbesondere mit dem BHE, gestalteten sich in der Sache, d.h. in Hinblick auf ein Arbeitsprogramm für eine neue

Regierung, zunächst sehr günstig. Die SPD hatte erkennen lassen, dass sie eine Revision des Gesetzgebungswerkes der letzten vier Jahre nicht beabsichtige, sondern ihr Augenmerk auf eine soziale Praxis im Lande Schleswig-Holstein und auf eine nachdrückliche Wahrnehmung der Interessen des Notstandsgebietes Schleswig-Holstein in Bonn richten werde. In diesen Fragen wurde Übereinstimmung erzielt. Von der Bundesführung des BHE schienen Bedenken gegen eine solche Regierungsbildung auch nicht zu bestehen. In den Personalfragen, der Kabinettszusammensetzung ergaben sich keine Schwierigkeiten, die nicht behebbar waren.

Trotzdem dürfte es jetzt, in der Montagssitzung des Landtags, zu einer Regierungsbildung kommen, die, genau wie in Nordrhein-Westfalen, völlig nach Bonner Muster gedacht ist. Der BHE hatte sich mit CDU und FDP schon am Donnerstag auf eine Koalitionsabsprache geeinigt, die am Freitag vom Landesausschuss der CDU gegen wenige Stimmen genehmigt wurde. Der BHE hat damit nicht nur seinen verhängnisvollen Schritt aus dem Jahre 1950 wiederholt und sich in eine Koalition mit dem sozialen Gegner begeben. Er hat damit in einer Weise das Wahlergebnis vom 12. September sabotiert, die zu schwerwiegenden Konflikten im Lande Anlaß geben kann. Ministerpräsident soll Kai Uwe von Hassel werden, der bisher zum engsten Beraterkreis F.W. Lübkes gehörte und Lübke an scharfmacherischer Politik nur noch übertreffen wird. Lübke hat seinen Rücktritt angeblich nur für den Fall angeboten, dass von Hassel sein Nachfolger wird.

So wird durch das Verschulden des BHE in Schleswig-Holstein das Wahlergebnis und der Wille einer Mehrheit von Wähler, die sich gegen den CDU-Kurs entschieden hatte, in sein Gegenteil verkehrt. Mit dieser Regierungsbildung ist völlig klar geworden, dass die von der CDU enttäuschten bürgerlichen Wählerschichten, wenn sie einen anderen Regierungskurs wünschen, nur der Sozialdemokratie ihr Vertrauen und ihre Stimme schenken dürfen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau